

zum Ausdruck, wie wenig ein Präsident in dieser Frage wirklich tun kann.

Etwas prekär wurde die ganze Angelegenheit für die Bischöfe, als die Katholikin *Ellen McCormack* in den Wahlkampf als Kandidatin mit dem einzigen Ziel einstieg, die Liberalisierung der Abtreibung wieder zu revidieren. Den Katholiken wurde von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, sie unterstützten eindeutig die Kampagne dieser Frau und strafte ihre Beteuerung, sie wollten keinen religiösen Stimmblock propagieren, Lügen. Von seiten der Bischöfe kam sehr schnell ein Dementi, doch machte die konservative Gruppierung um die Zeitschrift „*The Wanderer*“ es ihnen schwer, da sie fast zur gleichen Zeit von den Katholiken als dem „schlag-

kräftigsten politischen Block in den USA“ (vgl. NCNS, 30.3.76) sprach, der sich besonders in der Abtreibungsfrage seiner Macht bewußt sein sollte. Dies hat zu innerkirchlichen Disputen geführt, die noch nicht beendet sind. Von Gegnern eines massiven Auftretens der Kirche in diesem Teilbereich des politischen Engagements wird besonders auf die Gefahr hingewiesen, daß eine „kirchentreu“ Haltung eines Kandidaten in der Abtreibungsfrage noch keine Garantie dafür sei, daß sich derselbe Kandidat ebenso in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Schulwesens usw. für kirchliche Belange einsetze.

Der bisher einzige katholische Bewerber in der demokratischen Partei, *Sargent Shriver*, hat mittlerweile das Rennen aufgegeben. Er hatte sich bei

vielen Katholiken dadurch unbeliebt gemacht, daß er statt eines Verfassungszusatzes Alternativmaßnahmen zur Abtreibung befürwortete. Inzwischen ist aber ein weiterer Katholik in den Wettkampf eingestiegen. Der kalifornische Gouverneur *Edmund G. Brown* macht sich Hoffnung, mit Kalifornien als Rückhalt im letzten Moment noch Erfolg zu haben (vgl. *The Tablet*, 3. 4. 76). Wegen seiner Beliebtheit und seines Könnens wird der 37jährige nicht nur von Katholiken immer stärker gefördert. Für den katholischen Wähler ist allerdings heute längst nicht mehr wie zu Kennedys Zeiten die Konfession des Bewerbers ausschlaggebend. Zu sehr ist das Bild des Katholiken Kennedy in der letzten Zeit durch Enthüllungen und Gerüchte getrübt. N. S.

## Gesellschaftliche Entwicklungen

### Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt

#### Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

*Das Thema Jugendarbeitslosigkeit liefert mehr und mehr Gesprächsstoff nicht nur in der Presse, sondern für die Tarifpartner und die politischen Parteien und natürlich noch mehr für die unmittelbar betroffenen Eltern und Jugendlichen. Es ist zu erwarten, daß es auch im Bundestagswahlkampf 1976 eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt. Hans Hofbauer von der Bundesanstalt für Arbeit resümiert und verdeutlicht hier die Grunddaten des Themas. Obwohl die Jugendarbeitslosigkeit ein internationales Problem ist, war schon der größeren Klarheit wegen eine Beschränkung auf die Entwicklung in der Bundesrepublik notwendig.*

#### I. Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

1. Bei der Diskussion über die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen ist im Verlauf des letzten Jahres die Gruppe der jugendlichen Arbeitslosen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Im Vergleich zu den Verhältnissen während der Rezession der Jahre 1966/67 ist seit 1973 der Anteil der Jugendlichen unter den Arbeitslosen

wesentlich höher: Ende September 1967 waren 19 200 oder 5,6% aller Arbeitslosen unter 20 Jahre alt, Ende September 1975 waren 115 800 Arbeitslose im Alter bis unter 20 Jahre gemeldet, und diese machten 11,5% aller Arbeitslosen aus. Angesichts dieser Entwicklung wird mit Recht auf die besonderen Gefahren hingewiesen, die damit verbunden sind, daß eine relativ große Zahl Jugendlicher keinen Arbeitsplatz findet. Arbeitslosigkeit ist für Personen jeden Alters häufig ein schwer zu verarbeitendes Erlebnis. Bei Jugendlichen ist jedoch die Gefahr besonders groß, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit bleibende Schäden verursacht.

2. Um die hier dargestellten Ergebnisse über Zahl und Zusammenhang der jugendlichen Arbeitslosen richtig interpretieren zu können, ist es notwendig, zunächst zu erläutern, welcher Personenkreis in der amtlichen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit zu den jugendlichen Arbeitslosen gezählt wird.

##### a. Der Begriff „Arbeitslose“

Arbeitsloser im Sinne der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit ist, wer sich bei einem Arbeitsamt meldet, um in

ein Arbeitsverhältnis als Arbeitnehmer oder in Heimarbeit vermittelt zu werden und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (also z. B. nicht arbeitsunfähig erkrankt oder erwerbstätig ist).

Daraus ergeben sich für die Beurteilung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zwei wichtige Hinweise:

- Der Jugendliche muß sich beim Arbeitsamt gemeldet haben. Bei solchen Jugendlichen, die noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben (z. B. weil die Anwartschaft nicht erfüllt ist), ist zu vermuten, daß sich nicht alle bei den Arbeitsämtern melden. Wie hoch die Zahl jener Jugendlichen ist, die auf diese Weise nicht in der Arbeitslosenstatistik erfaßt werden können, ist nicht bekannt.
- Der Jugendliche muß eine *Arbeitsstelle* suchen. Schulentlassene, die lediglich eine Ausbildungsstelle suchen, zählen nicht zu den Arbeitslosen. Auf diesen Personenkreis wird deshalb unten gesondert einzugehen sein.

## b. Der Begriff „Jugendliche“

Der Begriff „Jugendliche“ wird in den einzelnen Fachgebieten je nach Fragestellung unterschiedlich abgegrenzt. Bei der Beurteilung der Arbeitsmarktchancen junger Menschen ist zu berücksichtigen, daß es zwei kritische Phasen gibt, nämlich zum einen den Übergang von der allgemeinen Schule in die berufliche Bildung bzw. die Beschäftigung und zum andern den Übergang von der beruflichen Bildung in die Beschäftigung. Diese Übergänge erfolgen für den überwiegenden Teil der Menschen im Alter bis unter 20 Jahren (Abschluß der Hauptschule bzw. Realschule mit 15 bzw. 16 Jahren, Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung im Alter von 18 bis 19 Jahren). Bei der Beurteilung der Frage nach der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen ist also eine Abgrenzung der Altersgruppen bis unter 20 Jahre, wie dies in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit geschieht, der besonderen Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt angepaßt.

3. Über *Zahl und Struktur der jugendlichen Arbeitslosen* liegen derzeit folgende Informationen vor:

a. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat seit Beginn der Rezession überdurchschnittlich stark zugenommen. Während die Gesamtzahl aller Arbeitslosen von Ende September 1973 (219 000) bis Ende September 1975 (1 005 000) um 359% angestiegen ist, hat sich die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen (bis unter 20 Jahre) im gleichen Zeitraum von 21 000 auf 116 000 Personen erhöht (Steigerung um 452%). Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen in %) bei Jugendlichen bis unter 20 Jahre ist von 1% Ende September 1973 auf 5,8% Ende September 1975 angestiegen (Arbeitslosenquote bei allen abhängigen Erwerbspersonen Ende September 1975: 4,4%).

b. Ein gutes Drittel (39%) aller jugendlichen Arbeitslosen von Ende September 1975 war unter 18 Jahre alt. Der überwiegende Teil (61%) entfiel also auf die 18- und 19jährigen.

c. Über 80% der Arbeitslosen unter 20 Jahre waren vor der Arbeitslosenmeldung bereits berufstätig.

d. Zwei Drittel der jugendlichen Arbeitslosen Ende September 1975 verfügten über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zum Vergleich: Derzeit treten ca. 10–15% der Schulabgänger eines Jahrgangs ohne Berufsausbildung in das Erwerbsleben ein. Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind also überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

Bei der Gliederung der jugendlichen Arbeitslosen Ende September 1975 nach der allgemeinen Schulbildung fällt auf, daß 90% ausschließlich Hauptschulbildung hatten, ein Drittel davon ohne Hauptschulabschluß.

e. Im Vergleich zu der Zahl der Auszubildenden im Jahre 1973 in den einzelnen Ausbildungsberufen waren unter den jugendlichen Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung vor allem Verkäufer(innen) überdurchschnittlich vertreten. Metall- und Elektroberufe (Schmied, Installateur, Schlosser, Mechaniker, Werkzeugmacher und Elektriker) dagegen waren, gemessen an der Zahl der Auszubildenden des Jahres 1973, unter den jugendlichen Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung stark unterrepräsentiert.

f. Jugendliche waren im Durchschnitt weniger lange arbeitslos als Erwachsene: Analysiert man die Arbeitslosen Ende September 1975 nach der Dauer der Arbeitslosigkeit, dann fällt auf, daß von den Arbeitslosen im Alter bis unter 20 Jahre 26,8% (20 Jahre und älter: 15,1%) weniger als einen Monat und 17,7% (20 Jahre und älter: 39,3%) länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren. Errechnet man für die Arbeitslosen Ende September 1975 die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bis zu diesem Zeitpunkt, so ergeben sich für die Arbeitslosen im Alter bis unter 20 Jahre dreieinhalb Monate, für die Arbeitslosen im Alter von 20 und mehr Jahren sechs Monate. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein Teil der jugendlichen Arbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit ausscheidet, ohne in Arbeit vermittelt zu werden (z. B. Aufnahme einer Ausbildung, Einberufung zum Wehr- bzw. Wehersatzdienst, Verbleib der Mädchen im elterlichen Haushalt).

4. Über die *Gründe für den überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen* liegen keine Untersuchungen vor. Man ist deshalb auf Vermutungen angewiesen. Dabei wird vor allem darauf aufmerksam gemacht, daß die beruflichen Einsatzmöglichkeiten von Jugendlichen durch entsprechende Schutzvorschriften sowie durch die Berufsschulpflicht eingeschränkt sind und daß Kündigungsfristen erwachsene Erwerbspersonen stärker schützen. Weiterhin wird auf die Personalpolitik der Arbeitgeber und Betriebsräte hingewiesen, die unter sonst gleichen Bedingungen bei notwendigen Entlassungen auch auf soziale Gesichtspunkte wie Familienstand und Kinderzahl Rücksicht nehmen.

Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind unter den Arbeitslosen aller Altersgruppen überdurchschnittlich stark vertreten. Bei den Jugendlichen kommt als zusätzliche Gefährdung hinzu, daß bei ihnen der berufliche Sozialisationsprozeß teilweise noch nicht abge-

schlossen ist, also berufsrelevante Verhaltensweisen (Anpassung an die Anforderungen der Arbeitswelt) noch nicht internalisiert sind.

Der Übergang von der beruflichen Bildung in das Beschäftigungssystem war, wie entsprechende Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, schon bisher eine kritische Phase im Berufsleben der Jugendlichen: Etwa die Hälfte der betrieblich ausgebildeten jungen Männer z.B. verläßt den Ausbildungsbetrieb innerhalb des ersten Jahres nach Abschluß der Ausbildung (der überwiegende Teil davon auf eigenen Wunsch). Dabei muß es zu Reibungsverlusten kommen, die sich auch in einer erhöhten Arbeitslosigkeit niederschlagen.

Die Erfahrungen beim Übergang von der Rezessions- in die Aufschwungphase in den Jahren 1967/68 haben gezeigt, daß die Zahl der Arbeitslosen im Alter bis zu 20 Jahren von Ende September 1967 bis Ende September 1968 überdurchschnittlich stark abgebaut werden konnte. Selbst wenn dies in einer künftigen konjunkturellen Erholungsphase wiederum gelingen sollte, bleibt doch für die nächsten Jahre ein Problem bestehen, das 1968 noch nicht bestand und das sich aus den genannten Gründen (Definition des Begriffes Arbeitslose in der amtlichen Statistik) nicht an der Zahl der Arbeitslosen erkennen läßt: Die Knappheit an Ausbildungsplätzen. Darauf soll im folgenden noch näher eingegangen werden.

## II. Die Knappheit an Ausbildungsplätzen

1. Die Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen: Im Jahre 1970 wurden von Wirtschaft und Verwaltung noch ca. 650 000 betriebliche Ausbildungsplätze angeboten. Bis zum Jahre 1975 ist diese Zahl auf ca. 450 000 gesunken. Die verschärften Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes, die steigenden Ausbildungsvergütungen, der rückläufige Bedarf an Facharbeitern und die abnehmenden Ausbildungsmöglichkeiten infolge des erhöhten Technisierungsgrades in der Wirtschaft werden neben der konjunkturellen Situation als Gründe für diese Entwicklung genannt. Auf der anderen Seite wird nach den Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen, die im Jahre 1975 rund 770 000 betrug, in den nächsten Jahren stark zunehmen und mit ca. 900 000 Personen im Jahre 1982 einen Höhepunkt erreichen. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der hohen Zahl der Geburten in den Jahren bis 1966. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit werden auf dem Höhepunkt dieser demographischen Entwicklung, wenn die Zahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nicht angehoben wird, pro Jahr weit über 100 000 Schulabgänger keine betriebliche bzw. schulische Ausbildungsmöglichkeit haben.

Diese Entwicklung zeichnet sich bereits seit einiger Zeit an der Zahl der Jugendlichen ab, die keine betriebliche Be-

rufsausbildungsstelle finden. Sie betrug Ende September 1975 insgesamt 23 500. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die Knappheit der Ausbildungsplätze, auch wenn zum gleichen Zeitpunkt die Zahl der gemeldeten und noch nicht besetzten Berufsausbildungsstellen 19 300 betrug (berufliche und regionale Strukturdiskrepanzen).

2. Zu diesen quantitativen Problemen kommen in zunehmendem Maße *strukturelle Ungleichgewichte*, vor allem im Hinblick auf die Zusammensetzung der von den Jugendlichen gewünschten Ausbildungsberufe einerseits und der Fachrichtungen der angebotenen Ausbildungsplätze andererseits. Der Grund dafür ist vor allem, daß der Anteil der Schulabgänger mit qualifiziertem Bildungsabschluß (mittlere Reife, Abitur) in den letzten Jahren stark zugenommen hat. So ist z.B. die Zahl der Schulabgänger mit mittlerem Bildungsabschluß zwischen 1960 und 1975 auf das Dreifache angestiegen. Diese Jugendlichen kommen nun mit der Erwartung aus der Schule, einen Ausbildungsplatz für einen Beruf einnehmen zu können, der traditionell von Schulabgängern mit mittlerer Reife ausgeübt wurde (vor allem: Warenkaufleute, Bank- und Versicherungskaufleute, Bürofachkräfte). Gerade in diesen Berufen ist jedoch die Zahl der Ausbildungsplätze zwischen 1970 und 1974 gesunken. Da sich bisher die Angehörigen der Angestelltenberufe zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus der Facharbeiterschaft rekrutierten, dies jedoch in Zukunft wegen des in die Schule vorgezogenen Siebungsprozesses nur noch in geringem Maße möglich sein dürfte, ist es dringend notwendig, die Zahl der direkten Ausbildungszugänge für diese Angestelltenberufe zu erhöhen.

3. Die zunehmende Knappheit an Ausbildungsplätzen macht sich vorwiegend auch für *Jugendliche mit niedrigstem Bildungsniveau* (Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, Lernbehinderte) bemerkbar. Es erscheint aus diesem Anlaß notwendig, zu überprüfen, ob die derzeit bestehende Alternative, entweder eine 3- bis 3 1/2-jährige oder überhaupt keine Ausbildung zu durchlaufen, den Verhältnissen im Beschäftigungssystem noch gerecht wird. Eine stärker praxisorientierte Ausbildung (evtl. auch verkürzt, mit der Möglichkeit einer Aufstockung zu einer Vollausbildung) käme den Anforderungen vieler Ausbildungsplätze entgegen und würde zugleich der Skala der Lernfähigkeit bei den Jugendlichen besser entsprechen. Allerdings wäre darauf zu achten, daß solche Ausbildungsgänge nicht auch in den Fällen absolviert bzw. eingerichtet werden, in denen eine umfassende Berufsausbildung möglich und vom Arbeitsmarkt her gesehen zweckmäßig ist.

Hans Hofbauer

### Quellen:

1. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit Ende September 1975, Presseinformation Nr. 70/75.
2. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Strukturdaten 1975.

3. Hans Hofbauer und Hermine Kraft: Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit. Betriebs- und Berufswechsel nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung, in: MittAB 1/1974, S. 44 ff.
4. Gerhard Kühlewind; Dieter Mertens; Manfred Tessaring: Zur

drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt (unveröffentlichtes Manuskript, Dezember 1975).

5. Statistisches Bundesamt und Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufliche Aus- und Fortbildung 1974, Wiesbaden und Bonn 1975.

## Interview

# Politik aus christlicher Verantwortung selbst machen

## Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei Josef Taus

*Josef Taus wurde nach dem Unfalltod von Karl Schleiner, Ende Juli 1975, zum Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei gewählt. Seine Berufung an die Spitze der „österreichischen CDU“ löste große Hoffnung auf einen günstigen Wahlausgang bei den Nationalratswahlen im Oktober 1975 aus. Die ÖVP verlor die Wahlen dennoch eindeutig an den Sozialisten und „amtierenden“ Bundeskanzler Bruno Kreisky. Taus hatte, als er an die Spitze der ÖVP trat, eine bemerkenswerte Karriere als Bankier hinter sich, gleichzeitig gilt er als ein entschiedener Vertreter des sozialen Katholizismus und in dieser „Mischung“ als neuer Typ eines christlich geprägten Politikers. Zum Verhältnis von Kirche und Politik hat er jüngst durch das Stichwort „politischer Katholizismus“ Aufsehen erregt. Wir interviewten Josef Taus zur Person und Sache. Seine Antworten werfen über Österreich hinaus manches Schlaglicht auf die Situation und die programmatische Diskussion in den christlich-demokratischen Parteien und auf deren Verhältnis zu ihren Antipoden: den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas. Gesprächspartner war Fritz Csoklich.*

**HK:** Herr Dr. Taus, Sie kommen aus der Wirtschaft, Sie sind Bankier gewesen, gleichzeitig liegt Ihr geistiger Ausgangspunkt in der christlichen Sozialreform. Wie beurteilen Sie selbst diese bemerkenswerte Mischung, jetzt, da Sie als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in der aktiven Politik eine Spitzenfunktion innehaben?

**Taus:** Ich weiß nicht, ich finde das gar nicht so eigenartig. Ich habe meinen Beruf gehabt, ich habe in meinem Beruf Karriere gemacht, wenn man das so nennen darf. So was soll für eine politische Funktion in der Demokratie nicht schlecht sein. Ich habe als 18jähriger nach dem Abitur, wie man in der Bundesrepublik sagt, zu arbeiten begonnen,

im Kreditapparat, nebenher habe ich studiert und auch andere Berufe gehabt, so war ich u. a. Journalist.

**HK:** Sie haben Jus und Welthandel studiert.

**Taus:** Ja. Dann bin ich in die Nationalökonomie gegangen und habe als Theoretiker gearbeitet. Ich war im österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, das in Österreich eine sehr angesehene Institution ist, außerdem habe ich während meines ganzen Berufslebens publizistisch gearbeitet, in der Regel in einschlägigen Fachbereichen.

**HK:** Hauptberuflich haben Sie ja in der amtlichen „Wiener Zeitung“ begonnen?

**Taus:** Nein, nein. Schon früher habe ich in Banken begonnen, zuerst in der Postsparkasse. Sehr früh bin ich auch mit der Industrie in Kontakt gekommen. Politisch habe ich ebenfalls sehr früh begonnen, und zwar in einer Teilorganisation der ÖVP, im Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB). Dort bin ich sehr jung wirtschaftspolitischer Referent geworden und mit sieben- oder achtundzwanzig Jahren Mitglied des Bundesvorstandes. Sehr intensiv mitgearbeitet habe ich auch im Institut für Sozialpolitik und Sozialreform, das der angesehene ÖVP-Abgeordnete Dr. Karl Kummer geleitet hat, und ich war außerdem in der Fraktion christlicher Gewerkschafter tätig.

## „Ich habe nie vorgehabt, professionell in die Politik zurückzugehen“

**HK:** Dr. Karl Kummer war ein besonderes Vorbild für Sie?